

DER 2. MAI 1933 MAHNT !

Am 2. Mai 1933, vor 77 Jahren, haben die Nazis mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser die legitime Vertretung der deutschen Arbeiter_innenbewegung brutal zerschlagen. Sie haben Gewerkschaftsfunktionäre eingekerkert, gefoltert und ermordet. Nur drei Monate, nachdem die Macht in Deutschland an die Nationalsozialisten ausgeliefert worden war, gehörten damit Gewerkschaften und ihre Repräsentant_innen ebenso wie die Parteien und Politiker_innen der Arbeiter_innenbewegung zu den ersten Opfern des Naziterrors.

Im Januar des Jahres 1932 sprach Adolf Hitler in Düsseldorf zu den führenden Vertretern der deutschen Großkonzerne. Das Programm der Nazis hatte schon seit den 20er Jahren die Kassen der Konzerne für die NSDAP geöffnet: Hitler versprach ein Deutschland ohne Demokratie, ohne Gewerkschaften und ohne Linke.

Hitler versprach den Konzernherren steigende Profite durch die Vernichtung der Rechte der Lohnabhängigen sowie durch massive Rüstungsaufträge. Hitler hielt seine Versprechen und die deutschen Großkonzerne profitierten vom faschistischen Frieden und vom faschistischen Krieg. Auschwitz war nicht nur die Vernichtung jüdischer Menschen im faschistischen Rassenwahn, Auschwitz war auch die konsequente Vernutzung der KZ-Häftlinge als Arbeitssklaven, die monatlich 50 Millionen Reichsmark einbrachte. Und es gibt kaum einen Betrieb des damaligen Deutschlands, der nicht direkt von der Ausbeutung verschleppter Zwangsarbeiter profitierte.

Schon im Februar 1933 wurden Gewerkschafter_innen verhaftet und misshandelt, Anfang März Gewerkschaftshäuser von Nazihorden gestürmt und demoliert. Während antifaschistische Gewerkschafter_innen gemeinsam mit anderen Arbeiter_innenorganisationen konkret Widerstand in Betrieben und Wohngebieten organisierten, beschränkte sich die Führung des ADGB auf schriftliche Eingaben an Reichspräsident von Hindenburg. Mehr noch: Im April 1933 verabschiedete der Vorstand des sozialdemokratisch geführten ADGB einen Aufruf zur Teilnahme an dem von den Nazis inszenierten »Tag der nationalen Arbeit«. Doch diese Anpassung wurde nicht honoriert. Am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS die Gewerkschaftshäuser. Viele Funktionäre wurden verhaftet, einige von ihnen brutal ermordet. Die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) übernahmen die Führung, bevor Mitte Mai die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) als Zwangsorganisation mit den Unternehmern an der Spitze der »Betriebsgemeinschaft« geschaffen wurde.

Der 2. Mai 1933 macht deutlich: Die faschistische Bewegung richtete sich in aller Brutalität gegen die

organisierten Kräfte der Arbeiterbewegung. Wer sich – wie die NSDAP – für die politischen und expansionistischen Interessen des großen Kapitals einsetzt, der muss die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen.

2. Mai 1933

Das Ende der Gewerkschaft in Lüneburg

Direkt nach der Machtübertragung an die Nazis begann auch in Lüneburg die Verfolgung und politische Ausschaltung ihrer Gegner.

Am 10. März 1933 fand eine Großrazzia statt, wo das Volkshaus (Gewerkschaftshaus), das Volksblatt, Treffpunkte der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KVJD), sowie Wohnungen von Funktionären der SPD und KPD durchsucht wurden. Anlass war ein Flugblatt, welches sich gegen die neuen Machthaber richtete.

Am 1. Mai 1933 wurden Menschen verfolgt, die sich weigerten, die Hakenkreuzfahne zu grüßen. Ein Führer eines Spielmannzuges wurde abgesetzt, da er seinen Spielmannzug in Fünfer-Reihen und mit großer Pauke marschieren ließ. Beides galt bei den Nazis als „marxistisch“.

Am Morgen des 2. Mai 1933 drangen Angehörige der SA und Nationalsozialistischer Betriebszellenorganisation in Wohnungen von Gewerkschaftsfunktionären und das Volkshaus ein. Das Gewerkschaftshaus wurde besetzt und das Guthaben der Gewerkschaft beschlagnahmt. Viele Unterlagen wurden auf die Straße geworfen. Führende Gewerkschaftsmitglieder wurden verhaftet und für Monate in „Schutzhaft“ genommen, wie z.B. die Sozialdemokraten Hillmer, Schwartz-Bierwisch, Markwardt und Braune.

Der Versuch, dem faschistischen Vormarsch mit Erklärungen und Petitionen an den Reichskanzler entgegenzutreten, war ein verhängnisvoller Irrtum. Noch dramatischer waren die

Folgen der Anpassung an die Vorgaben der faschistischen Machthaber. Damit entwaffneten sich die Gewerkschaften in ihrem antifaschistischen Handeln.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es in den Gewerkschaften viele aufrechte Antifaschistinnen und Antifaschisten gab, die unter Einsatz von Freiheit, Gesundheit und Leben den Widerstand gegen den Faschismus organisierten.

Heute bekämpfen nicht nur offen neofaschistische Gruppen - wie die NPD zum Beispiel - die Gewerkschaften. Immer häufiger sind von Unternehmerlobbyisten und reaktionären Kräften Forderungen nach Einschränkung des gewerkschaftlichen Handelns zu hören. Man kritisiert „maßlose Forderungen“ der Gewerkschaften, sorgt aber dafür, dass Reiche noch reicher werden. Man kritisiert die „Starrheit des Tarifsystems“, will stattdessen Billiglöhne und Aufhebung von Kündigungsschutz. Man kritisiert die gesellschaftspolitischen Vorschläge der Gewerkschaften in der Bildungs- und Sozialpolitik als „unzulässige Einflussnahme“, stattdessen will man neoliberale Deregulierung zu Lasten der sozial Schwächeren.

Hitler und seine Nazi-Partei wären niemals erfolgreich gewesen, wenn hinter ihm nur die Millionäre gestanden hätten. Es waren eben auch Millionen Deutsche, vorwiegend aus den Mittelschichten - aber eben auch Arbeiter_innen, die Hitler gewählt und seine Partei unterstützt haben. Damit heute der Protest gegen den Sozialraub nicht zugunsten der Rechtspopulisten und neuen

Nazis gewendet werden kann, bedarf es der Durchsetzung einiger Prinzipien:

- Der Kampf gegen den Sozialraub muss eine konsequent antirassistische Ausrichtung haben. Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier Leben sowie Solidarität mit Flüchtlingen statt rassistischer Ausländerhetze!
- Solidarität mit Sozialhilfeempfänger_innen und Erwerbslosen statt sozialdarwinistischer Hatz auf angebliche „Sozialschmarotzer“.
- Konsequente Bekämpfung jeder antisemitischen Hetze und Aktivitäten.
- Zurückweisung aller Versuche, die Schuldigen für die deutsche Wirtschaftskrise im Ausland zu suchen.

Gerade heute sind starke Gewerkschaften, soziale Bewegungen und andere Organisationen der Arbeiter_innenbewegung für die Sicherung und Weiterentwicklung sozialer und demokratischer Rechte und Errungenschaften wichtig. Die Lehren aus dem 2. Mai 1933 wurden nach der Befreiung 1945 mit der Wiedergründung der Gewerkschaften als Einheitsorganisation gezogen. Eine zweite Konsequenz ist die antifaschistische Orientierung der Gewerkschaften. Sie bekämpfen heute in den Betrieben, in ihren eigenen Reihen und natürlich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit rassistisches Denken und Neofaschismus. Sie sind damit zentrale Bündnispartner im antifaschistischen Handeln heute und morgen.

Wir rufen in Erinnerung an den 2. Mai 1933 alle antifaschistischen und gewerkschaftlichen Kräfte dazu auf:

Unterstützt das engagierte Handeln der Gewerkschaften !

Helft mit, Angriffe auf die Gewerkschaften und ihre Rechte zurückzuweisen !

Stärkt in gewerkschaftlichen und betrieblichen Debatten antifaschistische Positionen !

Tragt als aktive Mitglieder der DGB-Gewerkschaften dazu bei, dass die Gewerkschaften in der Verteidigung von Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt ihren Beitrag leisten können !

Werdet aktiv – gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und Krieg !



Verbindung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg

www.vvn-bda-lg.de